



## Protokollauszug

## zum AUSSCHUSS FÜR BILDUNG, SPORT UND SOZIALES

am Mittwoch, 03.04.2019, 17:00 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1

Förderung des Schwimmsports

Vorl.Nr. 105/19

---

### Beschluss:

#### Beschlussvorschlag 1

~~Rückwirkend zum 01.03.2016 erhalten die in die städtische Sportförderung aufgenommenen Vereine, die DLRG Ortsgruppe Ludwigsburg-Remseck und die Ludwigsburger Kindertagesstätten nicht-kommerzieller Träger für die Nutzung von Ludwigsburger Hallenbädern der Stadtwerke Ludwigsburg-Kornwestheim GmbH und Lehrschwimmbädern der Stadt Ludwigsburg eine Förderung in Höhe von~~

- ~~▪ 100 % aller Benutzungsentgelte für Kinder- und Jugendbelegungen~~
- ~~▪ 75 % aller Benutzungsentgelte für den Trainingsbetrieb von Erwachsenen.~~

#### Beschlussvorschlag 2

Rückwirkend zum 01.03.2016 erhalten die in die städtische Sportförderung aufgenommenen Vereine, die DLRG Ortsgruppe Ludwigsburg-Remseck und die Ludwigsburger Kindertagesstätten nicht-kommerzieller Träger für die Nutzung von Ludwigsburger Hallenbädern der Stadtwerke Ludwigsburg-Kornwestheim GmbH und Lehrschwimmbädern der Stadt Ludwigsburg eine Förderung in Höhe von

- 100 % aller Benutzungsentgelte für Kinder- und Jugendbelegungen
- 80 % aller Benutzungsentgelte für den Trainingsbetrieb von Erwachsenen.

### Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 8 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich gefasst.

### Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Vor Eintritt in die Tagesordnung setzt er TOP 10 ab. Dieses Thema werde im Eigenbetriebsausschuss beraten. Nachdem keine weiteren Änderungswünsche zur Tagesordnung eingehen, ruft er Top 1 auf.

Von Seiten der Verwaltung werde das Schul- und Vereinsschwimmen hervorragend gefördert, merkt EBM **Seigfried** einleitend an. Es gebe ein überdurchschnittliches Angebot an Schwimmflächen und eine ausgezeichnete finanzielle Unterstützung. Durch den Neubau des Campusbades seien Veränderungen eingetreten. Die Bäder werden von den Stadtwerken

---

betrieben und der Verwaltung in Rechnung gestellt. Aufgrund des Kostenrahmens und auch durch die Veränderungen in den Vereinen, sei eine Neuregelung erforderlich. Man brauche für die Gleichbehandlung eine Basis. Er bemängelt teilweise die Wortwahl unter den Gesprächspartnern. Legitim seien unterschiedliche Haltungen zum Sachverhalt und weist Anschuldigungen zurück. Das Thema sei sehr komplex. Man habe jetzt Grundlagen geschaffen und könne heute zu einer Entscheidung kommen.

Herr **Dahler** (FB Sport und Gesundheit) informiert zum Thema anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt. Er geht insbesondere auf die Fördersystematik, die Änderung der Belegungen, sowie die finanzielle Auswirkungen ein. Die höchsten Belegungszahlen liegen beim SVL. Ein Vergleich mit den Vorjahren sei durch die Änderungen in den Vereinen nahezu unmöglich.

EBM **Seigfried** merkt an, dass die Vereinsförderung der Verwaltung wichtig sei und geht auf die Stellungnahme des Stadtverbandes ein. Das Gremium zeigt sich einverstanden, dass dem Ersten Vorsitzenden des Stadtverbandes für Sport das Wort erteilt wird.

Herr Prof. Dr. **Knecht** appelliert an einen heutigen Beschluss. Sofern eine rückwirkende Forderung erfolgt, solle die überproportionale Belastung der Vereine beachtet werden. Ludwigsburg stehe zum Schwimmsport und dies solle weiterhin gefördert werden. Der Stadtverband habe sich für die 80% Lösung ausgesprochen.

EBM **Seigfried** eröffnet die Aussprache.

Stadtrat **Meyer** dankt allen Beteiligten. Er hoffe, dass die Vereine Rückstellungen gebildet haben. Die Förderung des Jugend- und Kinderbereiches solle zu 100 % erfolgen. Es solle eine Gleichbehandlung aller Schwimmsportvereine geben. Man wolle den Vereinen helfen, dennoch müsse sorgsam mit den Steuergeldern umgegangen werden. Er werde einen Änderungsantrag mit 70% Erwachsenenanteil stellen. Die Berechnung solle auch rückwirkend erfolgen. Die Vereine müssen eine Vorsorge treffen. Sollte bei einem Verein ein Finanzierungsproblem entstehen, sei man nach Vorlage von Zahlen und Fakten zu Gesprächen bereit.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** dankt für die Geduld bei der langen Verhandlungsdauer. Der Schwimmsport solle gefördert werden. Ludwigsburg habe eine gute Schwimmsportinfrastruktur. Man habe jetzt ein gerechtes System und eine Ordnung geschaffen. Sofern sich ein Verein in einer schwierigen finanziellen Lage befinde, solle dieser auf das Gremium zukommen. Sie wolle dem Vorschlag der CDU folgen.

Ebenso seinen Dank an die Beteiligten spricht Stadtrat **von Stackelberg** aus. Er werde den Beschlussvorschlag 2 befürworten. Dieser sei vernünftig und gebe den Vereinen eine neue Planungssicherheit. Er wundere sich über den Änderungsantrag. Weiter spricht er die Nutzungszeiten an, vor allem die unattraktiven Zeiten. Stadtrat von Stackelberg spricht die erschreckenden Zahlen der Nichtschwimmer an. Bäder seien ein Zuschussbetrieb. Der SVL biete ein breites Spektrum an. Hierauf solle man stolz sein.

Stadtrat **Weiss** zeigt sich über den Änderungsantrag ebenso überrascht. Die Mehrbelastungen durch das Campusbad dürfe nicht zu Lasten der Vereine gehen. Der SVL sei ein Monoverein und könne dies nicht finanzieren. Seine Fraktion könne mit dem Beschlussvorschlag 2 mitgehen. Heute müsse ebenso über die Rückforderungen eine Entscheidung getroffen werden.

Ebenso verwundert über den Änderungsantrag zeigt sich Stadtrat **Heer**. Man habe einen

Kompromissvorschlag ausgehandelt. Er könne dem Beschlussvorschlag 2 zustimmen.

Stadtrat **Kube** wird ebenso dem Beschlussvorschlag 2 folgen.

Stadtrat **Link** will wissen, ob die bisher bezahlten Entgelte an die Vereine rücküberwiesen werden. Lediglich der SVL habe nicht bezahlt.

EBM **Seigfried** teilt mit, dass der rückwirkende Beschluss den Zeitraum festlegt. Dies wirke sich dann auf die Forderung aus. Die bereits getätigten Zahlungen für den darüber hinaus liegenden Zeitraum werden zurückgezahlt oder verrechnet. EBM Seigfried lasse über den Änderungsantrag der CDU abstimmen. Dieser beinhaltet bei der Förderung für den Trainingsbetrieb von Erwachsenen 70% anstatt 80%. EBM Seigfried stelle diesen Antrag zur Abstimmung. Der Antrag werde mit 7 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen abgelehnt.

EBM **Seigfried** stelle den Beschlussvorschlag 2 zur Abstimmung. Dieser werde mehrheitlich angenommen.

Weiter formuliert Stadtrat **Weiss** einen Antrag bezüglich des rückwirkenden Zeitraumes. Er wünsch die Beitragsanpassungen nicht rückwirkend, sondern ab 01.01.2019. Diesen ziehe er im weiteren Beratungsverlauf zurück.

Herr **Dahler** merke an, dass dies für viele Vereine eine Schlechterstellung bedeute.

Stadtrat **Weiss** modifiziere den Antrag. Die Anpassung könne rückwirkend erfolgen, jedoch nicht zu Lasten der Vereine.

Zugunsten der betroffenen Vereine, dürfen die anderen Vereine nicht bestraft werden, so Stadtrat **Meyer**.

Stadtrat **von Stackelberg** sehe die finanziellen Auswirkungen als undurchsichtig. Er will wissen, warum teilweise seit dem Jahre 2016 keine Entgelte bezahlt wurden.

Stadträtin **Seyfang** informiere, dass die Schwimmabteilung des TSV wie ein Monoverein zu sehen sei und ihre Nutzungsgelder selbst zu leisten und diese auch bezahlt habe.

Herr Prof. Dr. **Knecht** gehe auf die Stellungnahme des Stadtverbandes ein. Die Regelung dürfe nicht zum Nachteil anderer Vereine sein. Die rückwirkende Regelung solle angewandt werden. Vereine, die dadurch in eine finanzielle Schieflage geraten oder schlechter gestellt sind, sollen ausgenommen werden. Dies könne auch durch einen Zuschuss oder Ausnahmeregelung gelöst werden. Man wolle eine gemeinsame Zukunft im Bereich Schwimmsport.

Sofern ein Verein ein finanzielles Problem habe, wolle sie genaue Zahlen, so Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit**.

Die Zahlen seien nicht vergleichbar, merke Stadtrat **Weiss** an.

Herr **Dahler** füge hinzu, dass künftig zwei Vereine nach dem neuen System eine Mehrbelastung haben. Dies komme aufgrund Änderungen in der Qualität und durch Mehrbelegungen zustande. Es haben seit dem Jahre 2016 nicht alle Vereine ihre Forderungen beglichen.

Stadtrat **Weiss** ziehe seinen Antrag zurück.

EBM **Seigfried** schließt diesen Tagesordnungspunkt.

**Beschluss:**

1. Der Planung einer künftigen Sporthalle Oststadt wird das beigefügte Raumprogramm vom 27.07.2018 mit Minitribüne für 150 bis 200 Zuschauer (siehe Anlage Nr. 1) zu Grunde gelegt.
- ~~2. Der Planung einer künftigen Sporthalle Oststadt wird das beigefügte Raumprogramm vom 27.07.2018 ohne Minitribüne (siehe Anlage Nr. 2) zu Grunde gelegt.~~

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Link

**Beratungsverlauf:**

EBM **Seigfried** geht auf die Klausur des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales ein. Hier sei das Raumprogramm intensiv beraten und ausführlich das gute Angebot an Sporthallen dargelegt worden. Ludwigsburg habe 54 überdachte Sporteinheiten. Die Sporthalle Oststadt werde dringend für den Schulsport benötigt und darüber hinaus ein Angebot im Sportpark Ost darstellen. Die Sanierung und Vergrößerung der Mehrzweckhalle Obweil und die Sporthalle für den Stadtteil Poppenweiler seien in der Klausur beraten worden. Heute werden die alternativen Raumprogramme vorgestellt und beraten. Die Stadtteilausschüsse seien beteiligt. Der Stadtverband für Sport habe eine Stellungnahme abgegeben. EBM Seigfried bittet um einen demokratischen Dialog. Die Haushaltspläne müssen beachtet werden. Die Raumprogramme seien kulturell, sportfachlich und finanziell zu betrachten, wie auch liegenschaftliche Konsequenzen zu bedenken. EBM Seigfried ruft das Raumprogramm für die Sporthalle Oststadt auf.

Es gebe zum einen den Bedarf des Schulsportes, sowie den Bedarf der Vereine, so Herr **Dahler** (FB Sport und Gesundheit). Ausführlich sei die Perspektive des Schulsportes in der BSS Klausur dargelegt worden. Für den Schulsport werden mehr Räume benötigt, vor allem zentral. Zum Teil werde derzeit ein Shuttle eingesetzt. Die Vereinsbedarfe werden gesehen. Viele Vereine haben eigene Hallen gebaut. Großer Bedarf werde in der Oststadt gesehen.

Herr Prof. Dr. **Knecht** (Stadtverband für Sport) begrüßt die Sporthalle Ost und spricht sich für die Variante mit Tribüne aus.

EBM **Seigfried** eröffnet die Aussprache.

Sporthallen werden gebraucht, so Stadträtin **Seyfang**. Dennoch müsse der Haushalt beachtet werden und spricht die finanziellen Möglichkeiten an. Die Alternative mit Tribüne müsse diskutiert werden. Ansonsten stehe sie zum Raumprogramm. Die Priorität sieht sie vorrangig in der Oststadt, dann die Mehrzweckhalle Obweil, danach die Halle Poppenweiler.

Durch den enormen Zuwachs in der Oststadt sei die Halle notwendig, merkt Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** an. Sie geht auf eine multifunktionale Nutzung ein. Eine Tribüne sei toll. Die Räume entwickeln sich weiter. Sie appelliert für eine schnelle Lösung. Der Beschluss des Raumprogrammes sei noch keine Sicherheit für den Bau. Weiter regt sie an, dass eine Bewegungsbaustelle im Grundschulbereich ebenso im HCL Gelände möglich sei. Man müsse sich gegenseitig aushelfen.

Stadtrat von **Stackelberg** geht auf die Historie ein. Bereits im Jahre 2009 sei ein Raumprogramm beschlossen worden. Leider sei dies von der Verwaltung ausgebremst worden. Auch ohne die Grundschule sei der Bedarf gegeben gewesen. Zwei Umkleideräume pro Hallenteil seien sinnvoll, ebenso die Tribüne. Zudem wolle er wissen, wie die Trennung der Hallenteile geplant sei. Hier wolle er noch den preislichen Unterschied wissen. Das Raumkonzept sei gut. Ein Generalunternehmer könne er sich gut vorstellen. Er sieht in den eingeplanten Kosten im Haushalt eine gute Chance für drei Hallen. Die Priorität sieht er ebenso in der Oststadthalle.

Stadtrat **Weiss** freut sich über eine Entscheidung heute. Bei der Oststadthalle seien alle Voraussetzungen gegeben und geht auf die Eigentumsverhältnisse der Bebauung, als Hindernis bei den anderen Vorhaben, ein. Für die Entscheidung über das Raumprogramm seien die Angaben über die zusätzlichen Kosten einer Tribüne wichtig. Weiter geht er auf Synergieeffekte durch Generalunternehmer und standardisierte Hallen, sowie auf den gestellten Antrag der Freien Wähler ein. Wenn finanziell darstellbar, begrüße er eine Tribüne für Poppenweiler und die Oststadt. Er könne mit Ziffer 1 mitgehen, vorbehaltlich mit Tribüne.

Die Oststadt brauche eine Halle, so Stadtrat **Heer**. Auch im Hinblick auf die Wohnbebauung und die steigende Schülerzahlen. Er werde der Vorlage mit Minitribüne zustimmen. Er geht davon aus, dass die Größendifferenz im Kostenrahmen liege. Die Ausschreibung solle auf alle drei Hallen bezogen sein, auch wenn diese nicht zeitgleich realisiert werden.

Herr **Dahler** geht auf die offenen Fragen ein. Je Hallenteil seien zwei Umkleideräume vorgesehen. Die Duschräume seien mittig. Geplant sei ein Trennvorhang zur Hallenteilung.

EBM **Seigfried** fügt hinzu, dass die Kosten für das Raumprogramm heute nicht genannt werden können. Hier fehle noch die erforderliche Planungstiefe. Durch die unterschiedlichen Hallen, verschiedenen Anforderungsprofile und teilweise Sondermaße seien Synergien kaum zu erwarten.

Stadträtin **Faulhaber** plädiert für eine Halle mit Tribüne. Hiervon könnten mehrere Schulen profitieren.

Auf die Kostenschätzungen geht Stadtrat **Meyer** ein. Dennoch wünsche er Informationen über den Kostenumfang der Alternativen mit oder ohne Bühne. Ein Generalübernehmer könne Synergien bringen, jedoch eher von mäßigem Ausmaß. Das Raumprogramm für die Oststadthalle solle auf den Weg gebracht werden. Bei den Haushaltsberatungen solle ein 10-Jahresprogramm aufgestellt werden. Zudem wolle er aus Transparenzgründen die jährlichen Folgekosten wissen.

Stadtrat **Heer** geht auf die Prioritätenliste ein. Er wolle gerne über die Maßnahmen der Liste entscheiden. Nach Synergieeffekten solle geschaut werden, auch bei unterschiedlichen Hallenvarianten.

EBM **Seigfried** stellt die Beschlussvorlage 089/19 (Ziffer 1) zur Abstimmung.

**Beschluss:**

- ~~1) Das beigefügte Raumprogramm Variante 1 mit einer komplett mobilen Veranstaltungsbühne wird beschlossen.~~
- ~~2) Das beigefügte Raumprogramm Variante 2 mit einer kleinen, festeingebauten Veranstaltungsbühne sowie mobilen Bühnenelementen wird beschlossen.~~
- 3) Das beigefügte Raumprogramm Variante 3 mit einer großen, festeingebauten Veranstaltungsbühne wird beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 12 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Link

**Beratungsverlauf:**

Herr **Dahler** (FB Sport und Gesundheit) geht auf die Vorlage mit den unterschiedlichen Varianten ein. Der Stadtteil habe sich bei der Bürgerveranstaltung für Variante 3 ausgesprochen.

Stadträtin **Seyfang** wünsche die bestmögliche Nutzung für alle Sparten. Es müsse ein Kompromiss gefunden werden. Sie habe noch Klärungsbedarf zur Vierfeldhalle mit inkludierter Bühne. Kritisch spricht sie die Geräuschkulisse und die Akustik an. Der Musikverein habe ebenso die Möglichkeit in der Mensa oder künftig im Schloss zu proben. Ihre Fraktion habe eine unterschiedliche Haltung.

EBM **Seigfried** fügt hinzu, dass bei Variante 3 die Bühne nicht Teil der Vierfeldhalle sei.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** findet eine geräumige, feste Bühne gut. Man erspare sich den Aufbau. Diese Veranstaltungshalle könne ebenso von anderen Stadtteilen genutzt werden. Sie

favorisiere eine feste Bühne. Oßweil sei ein aktiver Stadtteil. Weiter geht sie auf die Standortsuche ein und hoffe auf eine Einigung für Variante 3. Die Verwaltung habe weitere umfangreiche Baumaßnahmen zu tätigen.

EBM **Seigfried** geht auf die Standortwahl ein. Hierzu gebe es einen Beschluss. Sofern die Liegenschaften nicht umgesetzt werden könne, brauche man eine Alternative.

Stadtrat von **Stackelberg** hofft auf Klarheit nach der Stadtteilausschusssitzung. Entscheidend sei der Bedarf für Kultur und Sport. Er stimme für die Variante 3. Oßweil sei ein wachsender Stadtteil. Die Verwaltung solle den Vorschlag des Stadtverbandes mit aufnehmen.

Stadtrat **Weiss** befürwortet nach Abwägung Variante 3. Durch die feste Bühne erhalte man eine Zusatzsportfläche. Die Standortfrage müsse im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt diskutiert werden.

Die Ergebnisse des bürgerschaftlichen Engagements solle beachtet werden, so Stadtrat **Heer**. Er stimme Variante 3 zu, auch im Hinblick einer möglichen Baulandentwicklung und Bevölkerungsentwicklung im Stadtteil. Er sieht hier ein wichtiges Zukunftsprojekt. Derzeit sei aufgrund der hohen Belegungszahlen eine Weiterentwicklungsmöglichkeit im Sportangebot nicht möglich.

Herr **Dahler** stellt klar, dass bei Variante 3 die Bühne zusätzlich am Kopfende der Vierfeldhalle liege. Die Bühne sei nicht als Proberaum für den Musikverein gedacht, aber nicht ausgeschlossen. Die Priorität für die Proben liege im Schloss. Die Bühne sei für Veranstaltungen gedacht. Der Vorschlag liege bei 4 Hallenteilen und zusätzlich einer festen Bühne mit 200 Quadratmetern in Variante 3. Bei Variante 2 eine zusätzliche kleinere Bühne mit 104 Quadratmeter.

EBM **Seigfried** merkt an, dass die drei Varianten vorgestellt worden seien. Er weist darauf hin, dass in Oßweil die Mensa der Schule als Veranstaltungsraum bis zu 200 Personen konzipiert worden sei.

Stadtrat **Meyer** weicht mit seiner Position der Befürwortung von Variante 1 von der Gremium Meinung ab. Bei Bedarf sehe er die Erstellung einer mobilen Bühne als tragbar und ausreichend. In allen drei Varianten sehe er eine deutliche Verbesserung für den Stadtteil.

Stadträtin **Seyfang** will wissen, ob die Bühne als Proberaum genutzt werde oder eine Trainingsfläche für den Radsport sei. Sofern keine akustische Trennung eingebaut werde, sei dies nicht möglich.

Herr **Dahler** erklärt, dass die Bühne hauptsächlich leer sei. Diese werde für Veranstaltungen genutzt. Eventuell auch für Proben. Ein Schallschutz sei nicht eingeplant.

Stadtrat von **Stackelberg** macht den Vorschlag, dass eine dreiteilige Halle mit einem zusätzlichen Bühnenteil erhöht als Hallenteil ausreichend sei. Er stellt den Antrag auf Prüfung, ob der vierte Hallenteil in erhöhter Form auch als Veranstaltungsbühne nutzbar sei.

Stadtrat Prof. **Vierling** stellt die Frage, ob technisch eine höhenverstellbare Bühne möglich sei.

Dies sei ein erheblicher Aufwand, so EBM **Seigfried**

EBM **Seigfried** lässt über den Änderungsantrag abstimmen. Dieser wird mit 4 Ja-Stimmen, 8 Nein-

Stimmen und 2 Enthaltungen abgelehnt.

Nachdem sich das Gremium in der Mehrheit für Variante 3 ausgesprochen hat, stellt EBM **Seigfried** Variante 3 der Beschlussvorlage zur Abstimmung.

**Beschlussvorschlag:**

Das beigefügte Raumprogramm der Sporthalle Poppenweiler wird beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:**

Eine Abstimmung hat nicht stattgefunden.

**Beratungsverlauf:**

Herr **Dahler** merkt an, dass der Schulsportbedarf hauptsächlich zentral gesehen werde. Die Sporthalle sei ein lang ersehnter Wunsch des Stadtteiles. In Poppenweiler gebe es eine kleine Turnhalle, jedoch habe diese keine eigenen Umkleideräume. Diese werden mit dem Lehrschwimmbad geteilt. Für den Schulsport sei die Hallenfläche ausreichend. Bei der Klausur des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales habe die Verwaltung mitgenommen, dass eine Halle entsprechend der Hohenecker Halle gewünscht werde. Dementsprechend sei das Raumprogramm erstellt.

EBM **Seigfried** teilt mit, dass gestern ein interfraktioneller Antrag der Freien Wähler, SPD und FDP im Sachzusammenhang eingegangen sei.

Stadtrat **Weiss** erläutert den Antrag als Ergänzung zur Vorlage.

EBM **Seigfried** erteilt das Wort an den Vorsitzenden des Stadtverbandes für Sport.

Prof. Dr. **Knecht** (Vorsitzender Stadtverband) begrüßt den Änderungsantrag. Die beteiligten Sportvereine wären über die Realisierung dieses Antrages sehr froh.

Stadträtin **Seyfang** wünsche eine Anhörung des Stadtteilausschusses. Der Stadtteil benötige eine Halle. Die Größe, wie auch eine Tribüne, sei noch zu diskutieren. Für den Schulsport seien die bestehenden Flächen ausreichend. Die Halle sei somit rein für den Vereinssport. Der Haushalt müsse beachtet werden. Sie bemängelt, dass ihr der Antrag nicht vorliege.

Eine Abstimmung heute sei schwierig, so Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit**. In der Prioritätenliste liege die Halle weit hinten. Der Antrag müsse von der Verwaltung bewertet werden. Sie wünsche

eine Äußerung des Stadtteilausschusses.

Ein dringender Bedarf sei gegeben, so Stadtrat von **Stackelberg**. Man benötige ein wettkampffähiges Spielfeld mit einer anständigen Feldgröße, auch für den Turniersport. Die Betätigungsmöglichkeiten seien bisher sehr eingeschränkt. Die Kelter sehe er nicht als Sportfläche.

Stadtrat **Weiss** wünscht eine zukunftsfähige und wettkampffähige Halle. Er verstehe die Haltung der Grünen-Fraktion nicht. Eine wirtschaftliche Lösung für die Zukunft sei mit der Planung der drei Hallen sinnvoll.

Der Bedarf sei dringend notwendig merkt Stadtrat **Heer** an. Der Stadtteil benötige ein ausreichendes Hallenangebot. Die benachbarte Kelter sei nicht geeignet.

Auf die Beratung in der Klausur des Ausschusses geht EBM **Seigfried** ein. Auf Basis der Hohenecker Halle habe man die Vorlage erstellt. Das Gremium zeigt sich einverstanden, dass der Stadtteilausschuss das Wort erhält.

Mitglied **Klotz** stellt klar, dass der Baustandard der Hohenecker Halle gewollt werde, jedoch wäre beim Raumprogramm die Kugelberghalle wünschenswert. Die Kelter sei als Sportfläche nicht zählbar. Diese solle auch nicht als Fläche mitgerechnet werden. Der Bedarf beläuft sich mindestens auf eine Zweifeldhalle. Wünschenswert wäre auch eine Minitribüne. Er könne sich hier eine Realisierung im Kostenrahmen 100.000,--bis 200.000,-- Euro vorstellen. Es gebe Kostenkennwerte für verschiedene Hallentypen. Er verstehe nicht, warum keine Kosten genannt werden. Er schätzt die Kosten für die Halle Poppenweiler auf 4,5 Millionen Euro.

EBM **Seigfried** merkt an, dass die Stadt als Schulträger Sporthallen für den Schulsport baue, diese werden dem Vereinssport zur Verfügung gestellt. Hier werden die Schülerzahlen zugrunde gelegt.

Stadtrat **Meyer** zeigt sich erstaunt über den Antrag. Er wünsche von der Verwaltung ein entsprechendes Raumprogramm. Weiter stellt er die Frage einer finanziellen Beteiligung der Vereine, auch im Bezug zur bisherigen Praxis.

Man fälle eine Entscheidung für die Zukunft, so Stadträtin **Faulhaber**. Der Stadtteil werde künftig ebenso wachsen. Eine gewisse Infrastruktur müsse gewährleistet sein. Der jetzige Zustand sei nicht der Standard. Sie könne sich eine erneute Beratungsrunde vorstellen.

Für eine weitere Beratung spricht sich auch Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** aus.

Stadtrat **Weiss** merkt an, dass der Antrag als Tischvorlage vorgesehen war. Der Antrag solle geprüft werden. Gerne könne eine weitere Beratungsrunde eingelegt werden.

EBM **Seigfried** stellt fest, dass das Gremium eine weitere Beratungsrunde wünscht. In diesem Zusammenhang solle ein erweitertes Raumprogramm, wie auch der gemeinsame Antrag der FWV, SPD, FDP vom 2.4.2019 beraten werden.

---

**Beratungsverlauf:**

Herr **Dahler** (FB Sport und Gesundheit) berichtet zum Thema 50 Jahre Sportabzeichen anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt.

EBM **Seigfried** dankt für den Vortrag und schließt diesen TOP.

---

**Beratungsverlauf:**

Herr **Schindler** und Frau **Töpfer** (FB Bürgerdienste) informieren über das Ausgabeterminal des Bürgerbüros anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt. Sie gehen insbesondere auf die Antragstellung und Befüllung, sowie die Abholung, ein.

EBM **Seigfried** fügt hinzu, dass man sich in einer Testphase befinde und eröffnet die Aussprache.

Stadträtin Dr. **Traub** dankt dem Fachbereich, der die Leitbilder auch lebe. Hierzu gehöre unter anderem die Bürgerfreundlichkeit, Zukunftsorientierung, wie auch die Digitalisierung.

Stadtrat Prof. **Vierling** fragt nach den Vorteilen der Digitalisierung und mögliche Konsequenzen. Hier spricht er mögliche Personaleinsparungen an. Die Inanspruchnahme müsse abgewartet werden.

Positiv nimmt Stadträtin **Faulhaber** die Vorlage auf. Der Fachbereich sei sehr innovativ. Weiter geht sie auf das Interesse des Herstellers, der dieses Projekt mit der Stadt durchführt, ein. Verständlich sei für sie nicht, weshalb der Reisepass im 24 h Service angeboten wird. Sie dachte eher an Dokumente, die weniger nachgefragt werden.

Einen großen Nutzen und viele Vorteile sieht Stadtrat **Dengel**. Er wünscht, dass die Testphase problemlos laufe und eine feste Installation werde.

Eine Akzeptanz bei der Bevölkerung erfolge nur, wenn die Nutzung ohne Probleme verlaufe, so Stadtrat **Heer**.

Der Nutzen sei gegeben merkt Stadtrat **Kube** an. Hierdurch können die Öffnungszeiten umgangen werden.

Man wolle den Service niederschwellig und bürgerorientiert halten, so EBM **Seigfried**. Vielfältige Formate werden erprobt. Das Ausgabeterminal sei ein zusätzlicher Service zum bisherigen.

Herr **Schindler** geht auf die offenen Fragen ein. Die Testphase laufe ein Jahr. Hier werde die Funktionsfähigkeit getestet. Er gehe von einer guten Nutzung aus. Der Reisepass und Personalausweis könne bisher nicht online beantragt werden. Man habe hier einen zusätzlichen Service bei der Abholung des Dokumentes.

**Beratungsverlauf:**

Frau **Sperzel** (FB Bürgerschaftliches Engagement, Soziales und Wohnen) berichtet über den neuen Pflegebedarfsplan und geht auf die Mitteilungsvorlage ein. Die Stadt sehe im Bereich Pflege dringenden Handlungsbedarf. Zeitnah werde in Kooperation mit dem Landkreis eine Pflegekonferenz konzipiert. Das Konzept werde noch entwickelt. Weiter geht sie auf das Thema Wohnen ein. Man werde in eine kostenfreie Beratung bei der Wohnraumanpassung einsteigen. Aktuell sei ein Hilfsmittelkoffer mit Anschauungsmaterial zusammengestellt worden.

Das Vorhaben sei eine absolute Notwendigkeit, so Stadträtin Dr. **Traub**. Die Zahl der Hochbetagten werde steigen. Die Selbständigkeit solle erhalten bleiben. Sie spricht das Zitat „Daheim statt im Heim“ an. Das Thema kultursensible Pflege solle ebenso beachtet werden, wie auch die Digitalisierung und Mobilität. Bei Mobilität können soziale Kontakte gepflegt werden. Als weiteren Aspekt spricht sie das barrierefreie Bauen und ein Anreiz für die Vermieter an.

An den neuen Wohnformen führe kein Weg vorbei, so Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit**. Im Zusammenhang mit Neubaugebieten spricht sie die Themen Verkehrsberuhigung, wie auch einen Shuttledienst an.

Stadtrat **Daferner** dankt für die Vorlage. Es sei eine wertvolle Ergänzung. Man müsse überlegen, ob das Thema bedarfsgerechtes Wohnen stadtteilorientiert gesehen werde. Die Themen Kurzzeitpflege, ambulante Dienste, sowie Tagespflege seien wichtig. Die Palliativpflege werde eine zunehmende Aufgabe sein. Hier bestehe noch großer Handlungsbedarf. Das Thema Älter werden darf nicht vergessen werden.

Es ist Zeit sich mit diesem Thema auseinanderzusetzen und hoffe auf ein gutes Konzept, so Stadtrat **Dengel**.

Stadtrat **Heer** erinnert an die erfolgreichen Kleeblatt-Einrichtungen. Man brauche die Hilfe von Trägern der Wohlfahrtsverbände, caritativen und privaten Einrichtungen. Man müsse ganzheitlich denken und ausbauen. Im Bereich Wohnungsbau müsse entsprechend gehandelt werden. Er erwarte Konzepte und Vorschläge zum Thema Alter. Die Konferenz sehe er als notwendig.

EBM **Seigfried** fügt hinzu, dass es eine breite Trägerlandschaft gebe. Aufgrund der Landesheimbauverordnung haben künftig Träger zum Teil Erweiterungsbedarf. Hier gebe es baurechtliche und liegenschaftliche Anforderungen zu klären. Weiter geht er auf den

Fachkräftemangel ein. Einzelne Einrichtungen werden an weiteren Standorten gewünscht. Tagespflege solle platziert und nachbarschaftliche Netzwerke unterstützt werden. Die Digitalisierung werde ebenso einfließen. Der Palliativbereich nehme eine große Bedeutung ein, so EBM Seigfried und schließt im Anschluss diesen TOP.

**Beschluss:**

Die AWO Ludwigsburg gGmbH wird ab dem 1. April 2019 damit beauftragt, die Betreuung der in der Anschlussunterbringung Erlenweg untergebrachten Flüchtlinge zu übernehmen. Dies ist mit jährlichen Kosten in Höhe von rund 70.000 Euro verbunden. Für das Jahr 2019 fallen Kosten in Höhe von 52.500 Euro an. Der Vertrag hat eine Mindestlaufzeit bis zum 31.12.2021 und verlängert sich dann automatisch um jeweils ein weiteres Jahr, sofern er nicht mit einer Frist von 6 Monaten zum Laufzeitende von einem der Vertragspartner gekündigt wird.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 12 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend:     Stadträtin Faulhaber  
                          Stadtrat Link  
                          Stadträtin Dr. Traub

**Beratungsverlauf:**

Nachdem kein Sachvortrag und keine Aussprache erwünscht sind, lässt EBM **Seigfried** über die Vorlage abstimmen.

**Beschlussempfehlung:**

1. Die Betreuung der Obdachloseneinrichtung wird ab 01.07.2019 in vollem Umfang durch die Stadt, Fachbereich Sicherheit und Ordnung übernommen.
2. Das in den Unterkünften Riedle 13-25 und Teinacher Straße 11 eingesetzte Personal (100 % Sozialpädagogin; 100 % Hausmeister) wird vertragsgemäß durch die Stadt Ludwigsburg übernommen.
3. Der Einrichtung von 2 weiteren Stellen (100 % Sozialpädagoge/in; 100 % Hausmeister) für die Betreuung und Versorgung von obdachlosen Personen wird zugestimmt. Sie werden in den Stellenplan 2020 aufgenommen.
4. Die außerplanmäßigen Personalaufwendungen in 2019 werden durch Sachmittel des Fachbereiches 32 gedeckt.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss zu Ziffer 1,2,4 wird mit 12 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Der Beschluss zu Ziffer 3 wird mit 7 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Der Beschluss geht als Empfehlung an den Gemeinderat.

Nicht anwesend:     Stadträtin Faulhaber  
                          Stadtrat Kube  
                          Stadtrat Link

**Beratungsverlauf:**

Einleitend geht EBM **Seigfried** auf die Vorlage ein.

Herr **Mayer** (FB Sicherheit und Ordnung) informiert zum Thema. Die Betreuung der obdachlosen Menschen solle neu strukturiert werden. Die städtischen Gebühren sind von der Stadt selbst zu erheben. Die bisherigen zwei Personalstellen bei der WBL werden übernommen. Sofern ein Hausmeister vor Ort sei, werde die Hausordnung besser eingehalten, so Mayer. Die Verwaltung schlägt vor, dass künftig zwei Sozialpädagogen und zwei Hausmeister eingesetzt werden. So seien die Einrichtungen, auch im Vertretungsfall, dauerhaft besetzt. Für die Bewohner werde es vorerst, bis zur Fortschreibung der Obdachlosengebührensatzung, keine finanzielle Auswirkung geben. Die WBL begrüße diese Lösung.

EBM **Seigfried** eröffnet die Aussprache.

Stadtrat **Meyer** wundert sich über die Beratung im Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales und geht auf den Beschlussvorschlag ein. Im Hinblick auf den Haushalt kann er mit Ziffer 3 nicht mitgehen. Es sollten intern Synergien gesucht werden. Er könne sich im Hausmeisterbereich eine zusätzliche halbe Stelle vorstellen. Die Gebühren werden auf die Betroffenen umgelegt. Die Mehrkosten haben demnach auch die Selbstzahler zu tragen. Bei der letzten Gebührenerhöhung

---

habe die WBL die Leistungen aufgezeigt. Er wünsche eine detaillierte Aufstellung der Kosten.

Die Vorlage unterstützt Stadtrat **Kasdorf**. Die Vorlage sei schlüssig. Ein Ansprechpartner vor Ort sei sinnvoll. Die Festanstellung der Hausmeister werde unterstützt. Weiter geht er auf den Altersdurchschnitt ein. Vor allem im Riedle seien viele junge Menschen untergebracht. Er appelliert an eine schnelle Unterbringung in den Arbeits- und Wohnungsmarkt.

Ebenso seine Unterstützung sagt Stadtrat **Daferner** zu. Die betroffenen Menschen müssen unterstützt und begleitet werden. Er zeigt sich enttäuscht über die Haltung der CDU Fraktion. Weiter geht er auf die Überstunden der Verwaltungsmitarbeiter ein.

Stadtrat **Weiss** kann mit Ziffer 1 und 2 mitgehen. Er wünscht eine getrennte Abstimmung zu Ziffer 3. Er könne sich einen Hausmeisterpool vorstellen. Weiter stellt er die Frage, warum die WBL bisher mit weniger Personal ausgekommen sei. Seine Fraktion werde unterschiedlich abstimmen.

Synergieeffekte durch Poollösungen spricht Stadtrat **Heer** an. Man brauche Mitarbeiter vor Ort. Das Personal werde gebraucht. Hinsichtlich der Personalstellen bittet er um eine ergänzende Vorlage.

Die WBL habe eine andere Organisationstiefe und andere Ausgleichsmöglichkeiten im Personalbereich, so EBM **Seigfried**. Im Bereich der Obdachlosenhilfe brauche man interaktionsfähige Teams.

Stadtrat **Meyer** macht einen Änderungsvorschlag zu Ziffer 3. Er schlägt vor, dass eine anstatt zwei zusätzlichen Stellen aufgenommen werde.

Die Zuordnung der Hausmeister sei wichtig. So könne für Ordnung gesorgt werden merkt Stadträtin **Moersch** an. Die betroffenen Menschen sollen zurück in die Gesellschaft eingegliedert werden. Sie werde der Vorlage zustimmen.

Ebenso der Vorlage zustimmen werde Stadträtin **Traub**. Man brauche eine Konstante. Die Beziehung zu Hausmeistern und Sozialarbeitern sei wichtig.

EBM **Seigfried** lässt über Ziffer 1,2 und 4 abstimmen. Anschließend lässt er über den Änderungsantrag von Stadtrat Meyer zu Ziffer 3, anstatt 2 weiteren Stellen solle lediglich eine weitere Stelle aufgenommen werden, abstimmen. Dieser wird mit 5 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

Im Anschluss lässt EBM **Seigfried** über Ziffer 3 der Vorlage abstimmen.

**TOP 10****MHP Arena - Erweiterung Business-Club**

---

**Beratungsverlauf:**

Vor Eintritt in die Tagesordnung setzt EBM **Seigfried** diesen TOP ab.

**TOP 10.1****Begrünung - Fassadengestaltung MHP-Arena  
- Haushaltsantrag der FDP-Stadträte vom  
21.11.2018****Vorl.Nr. 474/18**

---

**Beratungsverlauf:**

Siehe TOP 10